

Druckschrift, er verlangte jedoch nur Bestrafung derselben, sowie die Wegnahme der widerrechtlich vervielfältigten Titel und Umschläge, ingleichen die Erlassung eines Vertriebsverbots, wogegen er auf Geltendmachung von Schadenersprüchen verzichtete.

In dem vorgedachten Gutachten hatte der Sachverständigenverein auszuführen gesucht, daß Titelblatt und Umschlag des Werkes C. (der in Leipzig aufgefundenen Exemplare) dem Titelblatte und Umschlage des Werkes B. (der Exemplare, welche K. selbst in der Auction zu Hamburg gekauft) nachgedruckt seien, da sich der wesentliche Inhalt, nämlich der Titel des Werks (im engeren Sinne) und der Name des Verfassers wiedergegeben finde. Durch den Zusatz: „zweite Ausgabe“ und die Umänderung der Ortsangabe und Firma des Buchhändlers werde der Charakter des Nachdrucks nicht aufgehoben, vielmehr dadurch der letztere nur constatirt. Im Sinne des gedachten Gesetzes §. 16., wonach Rechtsverfolgungen aus dem Gesetze insoweit statthaft sind, als anzunehmen, daß durch die unbefugte Vervielfältigung ein dem Berechtigten nach §. 1. zukommender, schon stattfindender oder möglicher Erwerb geschmälert werde, sei der vorliegende Nachdruck des Titelblattes und Umschlages als ein solcher dann zu betrachten, wenn eine unbefugte Vervielfältigung stattgefunden habe und ein Berechtigter vorhanden sei, der durch solche in seinem schon stattfindenden oder möglichen Erwerb benachtheiligt worden sei. Beide Fragen müßten aber bejahend beantwortet werden. Denn Z. sei nur zu dem Verkaufe der ihm gehörigen Exemplare berechtigt gewesen, habe jedoch einen integrierenden Theil derselben nicht wegnehmen und diesen Theil durch einen andern dessen Stelle vertretenden ersetzen dürfen, namentlich wenn er durch diesen Zusatz sich selbst den Anschein gegeben habe, als ob er Eigenthümer des Werks und nicht bloß einer größern Anzahl von Druckeremplaren desselben, eines ohne sein Zuthun fertig gewordenen Buchs sei, da nach §. 1. des Ges. das Recht, dergleichen literarische Erzeugnisse zu vervielfältigen, ausschließlich dem Urheber selbst und seinem Rechtsnachfolger zustehe. Sei aber, wie anzunehmen, K. Inhaber des Verlagsrechts, so sei er auch durch das Manöver des Z. in seinem möglichen Erwerbe benachtheiligt, da letzterer die von ihm erkauften Exemplare als „zweite Ausgabe“ bezeichnet und statt der Jahreszahl 1847 dem Werke die Jahreszahl 1852 gegeben habe, wodurch er einen bessern und schleunigeren Verkauf beabsichtigt habe und zwar dies offenbar zum Nachtheile aller der Exemplare, welche ohne die Bezeichnung „zweite Ausgabe“ vorhanden und mit der ältern Jahreszahl 1847 behaftet seien.

Das Handelsgericht verweigerte die Einleitung der Untersuchung wider Z., weil er dem hiesigen Forum nicht unterworfen sei, ingleichen erachtete es für bedenklich, gegen den Leipziger Commissionär A. in der beantragten Weise zu verfahren. Weitere Begründung der letztgedachten Resolution erfolgte in einem Bescheide, aus dessen Gründen zu entnehmen war, daß das Gericht eine dem Gutachten des Sachverständigenvereins völlig entgegengesetzte Ansicht gewonnen hatte. Es werde nämlich, heißt es darin unter anderm, zum Begriffe des literarischen Eigenthums im Sinne des Gesetzes, abgesehen von der Bestimmung eines solchen Productes, als Organ des literarischen Verkehrs zu dienen (vgl. Jolly, die Lehre vom Nachdruck §. 7. S. 101 u. 115), welche Bestimmung auf einen bloßen Titel oder Umschlag nicht passe, namentlich auch das Vorhandensein eines zusammengehörigen, in sich abgeschlossenen Ganzen erfordert; sei nun auch der einem Werke gegebene Titel, wie Denunciant sich ausdrücke, zur Bezeichnung eines Geisteswerks bestimmt, so könne er doch nicht selbst und für sich allein als Geisteswerk angesehen werden, müsse vielmehr als accessorium zum Hauptwerke, als ein Name desselben aufgefaßt werden, so daß, wenn, wie im vorliegenden Falle nach dem Gutachten der Sachverständigen, das Hauptwerk kein

Nachdruck sei, auch der dazu gehörige Titel nicht unter den Begriff des Nachdrucks falle; eine Vervielfältigung des ursprünglichen Titels liege nicht vor, sondern nur eine Abänderung desselben, das Gebaren des Z. sei daher, obschon es offenbar auf eine Täuschung des Publicums hinauskomme und schon darum in keiner Weise gebilligt, auch durch ein solches Rechte oder Interessen Bethelligter beeinträchtigt und möglicher Weise Schadenersprüche hervorgerufen werden könnten, keineswegs von der Art, daß man es unter das Gesetz vom Jahre 1844 subsumiren müsse.

Das königl. Appellations-Gericht zu Leipzig hingegen, an welches die Sache auf die eingewendeten Rechtsmittel gelangte, ließ es bei dem auf die fraglichen Druckeremplare gelegten Arrest bewenden und erkannte auf Einleitung der gegen A. beantragten Untersuchung. In den Entscheidungsgründen heißt es unter anderm: Wenn Z., wie actenmäßig vorliege, den Titel und Umschlag der „Dichtungen etc.“ in der Weise vervielfältigt habe, daß er dieselbe als zweite Ausgabe bezeichnet und der Angabe des ursprünglichen Verlegers und dessen Wohnortes seinen eigenen Namen und Wohnort substituirt habe, ohne daß er hierzu die Erlaubniß des Autors oder seines Rechtsnachfolgers erlangt, so liege hierin, rein formell betrachtet, eine unbefugte mechanische Vervielfältigung eines integrierenden Theiles jenes Werkes. Auch der Titel eines Buches könne ein literarisches Erzeugniß im weiteren Sinne mit nicht geringerem Rechte genannt werden, als jede andere, durch das Schriftwort zur äußern Erscheinung gelangte geistige Schöpfung, welche in prägnanter Form eine Reihe von Gedanken wiedergebe und gerade vermöge dieser Form einen Anspruch auf Originalität und Eigenthümlichkeit habe; jedenfalls sei er als Theil des Werkes schutzberechtigt und es lasse sich nicht behaupten, daß der Titel zu dem Werke selbst nur in einer untergeordneten, nebensächlichen Beziehung stehe, wenn man berücksichtige, wie wichtig und einflußreich für die Aufnahme eines Druckwerkes oft der Titel sei, unter welchem dasselbe sich ankündige, und welchen Werth daher der Buchhändler, dessen Interesse an die Beförderung des Vertriebs geknüpft sei, darauf zu legen veranlaßt sein könne. Daß sich aber jedenfalls der Rechtsnachfolger des Autors, Denunciant K., durch diese Vervielfältigung mit Grund beschwert erachten könne, sei gewiß, denn derselbe werde, wie auch der Sachverständigenverein behaupte, in dem aus dem Vertrieb zu ziehenden vermögensrechtlichen Erwerb beeinträchtigt, und es leuchte auch dem mit den Chancen des buchhändlerischen Verkehrs nicht vertrauten Laien ohne weiteres ein, daß Derjenige, der sich entschlossen habe, Geld auf den Erwerb der in Rede stehenden Dichtungen zu verwenden, nicht die in des Denuncianten Verlag erschienene, anscheinend ältere Ausgabe kaufen werde, sobald er wisse, daß er dasselbe Werk in neuerer, voraussichtlich besserer oder vorzüglicherer Ausgabe von einem andern Buchhändler beziehen könne. Sei aber der Autor und sein Rechtsnachfolger durch das Gesetz nicht bloß gegen den Urheber einer unbefugten Vervielfältigung, sondern überhaupt gegen Jeden geschützt, der hierdurch sein Recht beeinträchtige, oder wesentlich an deren Vervielfältigung oder an deren Vertriebe Theil genommen habe, so müsse ihm dieser Schutz auch gegen den den Vertrieb besorgenden oder befördernden Commissionär gewährt werden, als welcher Denunciant A. hier in Betracht komme. Daß aber letzterer an der Beeinträchtigung unwissentlich Theil genommen habe, sei, wenn auch nicht undenkbar, doch um so weniger zu präsumiren, als eine Unkenntniß der bestehenden Verlagsverhältnisse des fraglichen Werkes, über die er als Buchhändler sich zu unterrichten Gelegenheit gehabt habe, bei ihm nicht vorausgesetzt werden könne, jedenfalls aber durch die anzustellende Untersuchung erst zu ermitteln sein werde, ob ihn der Vorwurf